

Blick in die Zeitschriften

Autor(en): **Böni, Otto**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 3

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Zeitschriften

Chiles Präsident Allende klagt an

Am 4. Dezember des vergangenen Jahres hielt der chilenische Präsident Salvador Allende vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Rede, die weltweite Beachtung verdient. Sie wurde zwar in unserer Presse erwähnt, aber ihr Inhalt wurde nur andeutungsweise wiedergegeben. Erfreulicherweise findet sich nun in Heft 3 der Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche, «*stimme*» (Frankfurt a/M), herausgegeben von Martin Niemöller, eine umfassendere Übersetzung des Votums Allendes.

Der chilenische Präsident erwähnt eingangs einige demokratische Errungenschaften seines Landes. So besitzt Chile seit seiner Entstehung vor 160 Jahren ein Parlament, und seine Verfassung von 1833 wurde nur ein einziges Mal geändert, und niemals herrschte ein verfassungsloser Zustand. Gleichzeitig betonte Allende, dass Chile ein Land sei, dessen Wirtschaft unterentwickelt ist. Die wichtigsten Unternehmen befanden sich bis vor kurzem in den Händen ausländischer kapitalistischer Gesellschaften, was zu einer hohen Aussenverschuldung führte, die 4 Milliarden Dollar überstieg, so dass der jährliche Schuldendienst sich auf mehr als 30 Prozent des gesamten Exporteinkommens belief. Die Konzerne, die den chilenischen Kupferreichtum ausbeuteten, entzogen dem Land allein in den letzten 42 Jahren mehr als 4 Milliarden Dollar, obgleich ihre Anfangsinvestitionen nicht einmal 30 Millionen Dollar betragen hatten. Demgegenüber steht die Tatsache, dass es in Chile 700 000 Kinder gibt, die niemals ein normales glückliches Leben führen dürfen, weil sie während der ersten acht Monate ihres Lebens nicht die minimale Menge an Proteinen erhalten. 4 Milliarden Dollar würden genügen, Chile in sozialer wie wirtschaftlicher Hinsicht gänzlich umzugestalten. Nur ein Teil davon würde ausreichen, um die chilenischen Kinder ausreichend mit Proteinen zu versorgen.

Der jahrzehntelange Zustand, der die Chilenen dazu verdammt, als Menschen zweiter Klasse ewig fremdbestimmt zu leben, will nun die chilenische Arbeiterklasse ändern, indem sie revolutionäre, die sozialfeindliche überkommene Gesellschaftsordnung transformierende Veränderungen eingeleitet hat. Aber seit dem 4. September 1970, als die chilenische Arbeiterklasse bei den Wahlen siegte, ist Chile einem wachsenden Druck von aussen ausgesetzt, dessen Ziel es ist, die neue, frei vom Volk gewählte Regierung zu stürzen. Neben der offenen Aggression ist es vor allem der finanzielle Boykott, welcher der Regierung Chiles zu schaffen macht. Das wichtigste Exportprodukt Chiles ist das Kupfer. Störungen auf diesem Exportsektor müssen das Land Allendes besonders empfindlich treffen. Im Verlauf der letzten zwölf Monate hat nun der von interessierten Machtgruppen absichtlich herbeigeführte Fall des internationalen Kupferpreises einen Einkommensverlust von nahezu 200 Millionen Dollar be-

wirkt. Chile ist heute gezwungen, zu billigen Preisen zu verkaufen und zu hohen Preisen einzukaufen.

Im Schlussteil seiner Rede dankte Allende für die vielen Beweise der Unterstützung und der internationalen Solidarität. Chile ist ein Land, das um Verständnis bittet und Gerechtigkeit fordert.

Hinweise

In einer Reihe von sehr informativen und lesenswerten Beiträgen wird in zwei schweizerischen Zeitschriften nach den Ursachen und Auswirkungen der heutigen Teuerung geforscht. In Heft 2 der in Bern erscheinenden «*neutralität*» äussert sich zum Thema Teuerung neben Fachleuten aus den Reihen der SP und Gewerkschaft auch ein Vertreter des Vorstandes des Schweizerischen Handels- und Industrievereins.

In dem in Wetzikon von Jungsozialisten herausgegebenen «*Infrarot*» (Nummer 8) wird der Versuch gemacht, in zwei mit «Was heisst Inflation?» und «Wer bezahlt für wen?» überschriebenen Artikeln der Gesamthematik aus sozialistischer Sicht auf den Grund zu gehen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in dieser «*Infrarot*»-Nummer auch der Beitrag von Hans Kissling zum Problem «Vermögenskonzentration und Erbschaftssteuer» sowie die erste Folge einer auf sechs Teile geplanten «Einführung in die Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung» von Jean-Pierre Kuster.

Otto Böni

«Die Demokratie wird durch den Sozialismus erfüllt», heisst also mit anderen Worten: Die Rechtsgleichheit der Staatsbürger wird dadurch zu einer für alle erfahrbaren Realität, dass ihnen – soweit sie nicht über ausreichend grosses Privateigentum verfügen – ein dem Kulturniveau und dem industriellen Entwicklungsstand entsprechendes Auskommen garantiert wird und dass sie die Chance haben, sich entsprechend ihren Fähigkeiten und Interessen zu bilden und ausbilden zu lassen. Niemand wird behaupten wollen, dass dieses Ziel heute in irgendeiner Gesellschaft bereits voll erreicht sei. Demokratische Sozialisten sind davon überzeugt, dass es angestrebt werden muss.

Iring Fetscher